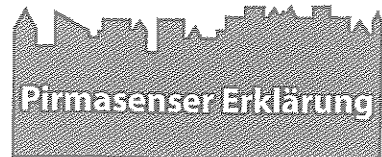


€: 17.3.2017

Aktionsbündnis: Für die Würde unserer Städte!



## Für die Würde unserer Städte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

### Mehr Bundes- und Länderhilfe im Sozialbereich und Unterstützung beim Schuldenabbau / "Pirmasenser Erklärung": Wenn nicht jetzt – wann dann?

Die Kämmerer der im Bündnis „Für die Würde unserer Städte“ zusammen-  
geschlossenen Kommunen fordern den Bund und ihre jeweiligen Bundesländer dazu  
auf, jetzt die Entschuldung der meistverschuldeten Städte in Deutschland in Angriff zu  
nehmen und sie erheblich stärker im Sozialbereich zu unterstützen.

Insbesondere in den vom Strukturwandel betroffenen Städten des Bündnisses haben  
sich in den letzten Jahrzehnten – mit steigender Tendenz – Kassenkreditschulden in  
Milliardenhöhe aufgebaut. Diese Kreditaufnahme wurde fast ausschließlich dadurch  
verursacht, dass den Kommunen von Bund und den Ländern gesetzlich Aufgaben im  
Sozialbereich übertragen wurden, die vor allem vom Strukturwandel betroffene  
Kommunen aus eigener Kraft nicht bewältigen konnten. Die wegbrechenden  
Steuereinnahmen wurden bei überdurchschnittlich steigenden Sozialausgaben nicht  
angemessen mitfinanziert bzw. setzte eine stärkere Mitfinanzierung viel zu spät ein. Da  
es sich dabei um Pflichtaufgaben handelt, die jeweils einen Anspruch der Bürger auf  
Umsetzung oder Leistung gegenüber den Kommunen begründeten, blieb diesen  
Städten nichts anderes übrig, als Kredite aufzunehmen, um diesen Auftrag erfüllen zu  
können. Allein im Bereich der Bündnisstädte haben sich so Schulden in immenser Höhe  
angehäuft, die auch in hundert und mehr Jahren nicht getilgt werden können.

Die Verschuldung von Städten konzentriert sich hauptsächlich auf die Bundesländer  
Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland. So gehören zu den  
fünf meistverschuldetsten Städten Deutschlands allein vier aus Rheinland-Pfalz. Die  
Städte ächzen unter dieser Schuldenlast, die sich beständig erhöht, weil immer wieder  
neue Sozialaufgaben ohne ausreichende Gegenfinanzierung von Bund und Land auf  
sie übertragen werden.

Diese Schuldenlast ist bereits jetzt erdrückend, obwohl in einer längeren Phase guter  
Konjunktur die Steuereinnahmen bei Bund, Ländern und Kommunen in den letzten  
Jahren kontinuierlich gestiegen sind und andererseits historisch niedrige Zins-  
bedingungen bestehen. Insbesondere die stabil hohen Steuereinnahmen in Bund und  
Ländern und das derzeit historisch niedrige Zinsniveau bieten für Bund und Länder eine  
historisch einmalige Chance, bei den am stärksten betroffenen, im Strukturwandel  
befindlichen Städten jetzt einen Schuldenschnitt einzuleiten. Wird diese Chance jetzt  
nicht entschlossen ergriffen, wird ein in jedem Fall notwendiger unabdingbarer  
Schuldenschnitt bei steigenden Zinsen und zurückgehender Konjunktur für alle  
Beteiligten um ein Vielfaches teurer als derzeit.

*oftmals*

Deshalb: Wenn nicht jetzt – wann dann?

- Neben einer **Neuordnung der Finanzbeziehungen** zwischen den Bundesländern und ihren Kommunen, die eine an den Landesverfassungen und dem Grundgesetz orientierte aufgabenangemessene Finanzierung kommunaler Aufgaben und insbesondere der Pflichtaufgaben ermöglicht **und der bedarfsorientierten Zuweisung** von für die Kommunen zur Verfügung gestellten Mitteln des Bundes, ist eine **Entschuldung** der hochverschuldeten Städte eine Grundvoraussetzung für die vom Grundgesetz geforderte und von den Landesverfassungen bekräftigte Sicherstellung der annähernden Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands.
- Die Nachhaltigkeit des Schuldenabbaus wird nur gelingen, wenn die laufenden Haushalte dauerhaft ausgeglichen werden können – und somit keine neuen Schulden aufgenommen werden. Hier ist die konsequente **Fortsetzung der Kostenentlastungen** durch den Bund, der die zentralen **Sozialaufgaben** gesetzlich prägt, unverzichtbar.

*+ Kämmererinnen*

Die in Pirmasens versammelten Kämmerer des in acht Bundesländern aktiven parteiübergreifenden Aktionsbündnisses von 69 Mitgliedskommunen mit mehr als neun Millionen Einwohnern fordern Hilfe zur Selbsthilfe in der Überzeugung, dass die Nachhaltigkeit des Schuldenabbaus nur gelingt, wenn die laufenden Haushalte dauerhaft ausgeglichen werden können und somit keine neuen Schulden aufgenommen werden. Hier ist die konsequente Fortsetzung der Kostenentlastungen durch den Bund, der die zentralen Sozialaufgaben gesetzlich prägt, unverzichtbar. Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sicher zu stellen, sind die weitere Entlastung bei den Kosten der Unterkunft sowie die Einführung eines nach sozialen Belastungskriterien zu verteilenden zusätzlichen Anteils am gemeindlichen Umsatzsteueranteil notwendig.